



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 11055 Berlin

Herrn  
Markus Tressel, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Postaustausch

**Rita Schwarzelühr-Sutter**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

buero.schwarzeluehr@bmu.bund.de

www.bmu.bund.de

Berlin, **15. Juni 2018**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 6/066 vom 7. Juni 2018  
(Eingang im Bundeskanzleramt am 7. Juni 2018) beantworte ich wie folgt:

#### Frage

*„Plant die Bundesregierung im Lichte der aktuellen Debatte um grenznahe Risiko-Atomkraftwerke wie Tihange und Doel, das Gespräch mit der französischen Regierung über die zeitnahe Abschaltung des grenznahen Atomkraftwerks Cattenom zu suchen, und wenn nein, warum nicht?“*

#### Antwort

Die Bundesregierung nimmt die Sorgen und den Schutz der in den Grenzregionen lebenden Menschen hinsichtlich der nuklearen Sicherheit der grenznahen ausländischen Atomkraftwerke sehr ernst und handelt auf politischer Ebene entsprechend.

Die Sicherheit der grenznahen Atomkraftwerke ist stets Gegenstand des regelmäßigen bilateralen Austauschs mit den zuständigen Behörden unserer



Seite 2

Nachbarstaaten; so auch bzgl. der beiden grenznahen französischen Anlagen in Fessenheim und Cattenom mit der französischen atomrechtlichen Aufsichtsbehörde Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN).

Darüber hinaus macht die Bundesregierung die Atomkraftwerke Fessenheim und Cattenom auch gegenüber der französischen Regierung zum Thema. So hat sich die Bundesregierung wiederholt in dieser wie auch in der vorherigen Legislaturperiode für einen Verzicht auf weitere Laufzeitverlängerungen für französische Atomkraftwerke im Allgemeinen und für das grenznahe Atomkraftwerk Cattenom im Besonderen eingesetzt.

Der französische Umweltminister Hulot hat festgestellt, dass es zur Umsetzung des französischen Energiewendegesetzes von 2015 notwendig sein wird, derzeit laufende Atomkraftwerke in Frankreich stillzulegen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung die französische Regierung auch weiterhin auf die Sorgen der in der Grenzregion um das Atomkraftwerk Cattenom lebenden Bevölkerung hinweisen und um entsprechende Berücksichtigung bei Stilllegungsplanungen bitten, so dass keine Laufzeitverlängerungen über die Auslegungsbetriebsdauer von 40 Jahren hinaus angestrebt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Rita Schwarzelühr-Sutter

